Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 01.02.2006

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Kürzung der Arbeitsloseninitiativen: Todesstoß für unabhängige Arbeitslosen-Beratung

Der SSW wirft der Großen Koalition vor, der unabhängigen Beratung von Arbeitslosen „den Todesstoß erteilt“ zu haben. „Mit der Kürzung der Landeszuschüsse ab 2006 zerstören CDU und SPD die Arbeit der Arbeitsloseninitiativen, weil es den versprochenen Ersatz durch die Arbeitsagenturen nicht gibt“, kritisiert der SSW-Landtagsabgeordnete Lars Harms. Er hat soeben die Antwort der Landesregierung auf seine Kleine Anfrage zur „zukünftigen Finanzierung der Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen in Schleswig-Holstein“ (Drs. 16/499) bekommen.

„Bei den Haushaltsberatungen im Herbst hat die Landesregierung noch versprochen, dass die Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen in Zukunft von der Bundesagentur für Arbeit mit finanziert wird. Jetzt muss sie zugeben, dass entsprechende Anträge zum Beispiel in Flensburg und Pinneberg schon abgelehnt worden sind.

Die Arbeitsloseninitiativen sind aber ein unverzichtbarer Bestandteil der Beratung und Betreuung von Arbeitslosen, der nicht von den Job-Centern und regionalen Arbeitsagenturen ersetzt werden kann. Die Initiativen beraten arbeitslose Menschen unabhängig über ihre Ansprüche gegenüber

der Bundesagentur für Arbeit. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese unabhängige Beratung nicht durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsagenturen selbst geleistet werden kann.

Mit der Kürzung im Haushalt 2006 haben CDU und SPD dieser wichtigen Unterstützung für Arbeitslose den letzten Todesstoß erteilt. Der SSW fordert die Landesregierung auf, die Förderung der Arbeitsloseninitiativen durch Landesmittel oder durch die Bundesagentur für Arbeit wieder sicherzustellen, solange die Strukturen der unabhängigen Beratung noch wieder belebt werden können.